

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der
Gemeinde Bönebüttel

am Montag, dem 21.11.2016

im Multifunktionsraum, Sickkamp 16, 24620 Bönebüttel

Beginn: 19:34 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

anwesend:

Bürgermeister

Herr Udo Runow

Gemeindevertreter

Herr Klaus Biß (Vorsitz i. V.)
Herr Jürgen Meck
Herr Tammo Zimmermann

Bürgerliche Mitglieder

Herr Frank Schöttke

außerdem anwesend

Frau Birgit Wried (i. V. für Herrn Borrmann)
Herr Olaf Lentföhr
(i. V. für Herrn Christophersen)
Frau Gisela Kummerfeldt (für Herrn Beyme)
Herr Ernst Gawlich
Herr Ralf Seiler (Presse)

von der Verwaltung

Herr Halkard Krause

entschuldigt:

Gemeindevertreter

Herr Jörg Christophersen

Bürgerliches Mitglied

Herr Jürgen Borrmann

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3. Anträge zur Änderung der Tagesordnung der Sitzung am 21.11.2016
4. Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.09.2016
5. Information über die am 26.09.2016 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde
7. Mitteilungen
8. Leistung von außerplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2016
Vorlage: 0065/2013/DS
9. Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Vermögenshaushalt 2016 (Grundstückskauf für neues Feuerwehrgerätehaus)
Vorlage: 0066/2013/DS
10. Haushaltssatzung 2017 und Haushaltsplan mit Anlagen
Vorlage: 0067/2013/DS
11. Verschiedenes (öffentlich)

1 .	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
-----	--

Herr Kaus Biß übernimmt erneut den Ausschussvorsitz, eröffnet um 19:34 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Entschuldigt abwesend sind Herr Christophersen und Herr Borrmann. Sie werden von Herrn Lentföhr und Frau Wried vertreten. Für den verstorbenen Herrn Beyme ist Frau Kummerfeldt anwesend.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes werden keine Änderungswünsche geäußert.

Beschluss: Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte (TOP) 12 – 17 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
 Nein- Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0

3 .	Anträge zur Änderung der Tagesordnung der Sitzung am 21.11.2016
-----	---

Es werden keine Änderungen beantragt.

4 .	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.09.2016
-----	---

Es werden keine Einwendungen vorgetragen; die Niederschrift wird insofern gebilligt.

5 .	Information über die am 26.09.2016 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

In der Haupt- und Finanzausschuss - Sitzung am 26.09.16 wurden keine Beschlüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es werden keine Fragen gestellt.

7 .	Mitteilungen
-----	--------------

Der Bürgermeister teilt einen Abfuhrtermin für Gartenabfälle mit. Am 26.11.2016 wird in der Zeit von 13:00 h bis 16:00 h ein Container aufgestellt.
 Weitere Mitteilungen vom Ausschussvorsitzenden oder der Verwaltung gibt es nicht.

8 .	Leistung von außerplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2016 Vorlage: 0065/2013/DS
-----	--

Herr Biß führt in die Vorlage ein und erläutert den Antrag. Die Nachfrage von Herrn Gawlich zur Weiterführung der Schulsozialarbeit im Jahr 2017 wird vom Bürgermeister mit dem Hinweis auf den morgen stattfindenden Kindergarten-, Schul-, Sozial- und Sportausschuss beantwortet. Die Schulsozialarbeit soll aber in 2017 fortgeführt werden und entsprechende Anträge sind gestellt, sagt Herr Runow.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig, dem Antrag der Vorlage 0065/2013/DS zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

9 .	Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Vermögenshaushalt 2016 (Grundstückskauf für neues Feuerwehrgerätehaus) Vorlage: 0066/2013/DS
-----	---

Der Ausschussvorsitzende ruft die Vorlage auf, gibt einen Überblick und erläutert die Zusammensetzung der Kosten.

Nicht zu diesem Tagesordnungspunkt werden Termine unter den Anwesenden abgestimmt.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig, dem Antrag der Vorlage 0066/2013/DS zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

10 .	Haushaltssatzung 2017 und Haushaltsplan mit Anlagen Vorlage: 0067/2013/DS
------	--

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes und einer kurzen Einführung schlägt Herr Biß vor, die Einzelpläne Seite für Seite durchzugehen und dann Auffälligkeiten zu besprechen. Dann können auch Änderungsanträge gestellt und beschlossen werden. Zunächst bemerkt Herr Schöttke, dass im Gesamtplan, Seite C 14, bei der Summe der Gruppe 41 eine Ansatzserhöhung auf 100.200 € verzeichnet ist. Der Bürgermeister erklärt diese Erhöhung mit der Anstellung des Gemeindearbeiters und allgemeinen und tariflichen Lohnerhöhungen. Herr Biß schlägt vor, die Einzelpläne diesbezüglich kritisch zu überprüfen. Die Verwaltung weist auf die vor der Sitzung verteilte Liste der wesentlichen Änderungen hin (**Anlage 1**).

Im Verlauf der Prüfung beantwortet der Bürgermeister die Nachfragen von Herrn Meck und Herrn Biß. Es geht um die erweiterte Kameralistik, den Umgang mit Gefahrhunden, Aufwandsentschädigungen für die Feuerwehr, Schulkostenbeiträge und die Einnahmen aus der Photovoltaikanlage.

Herr Meck weist auf der Seite D 15, beispielhaft anhand von 21100.41400 auf die von Herrn Schöttke eingangs bemerkte Personalkostensteigerung hin.

Zu 21100.70100, Zuschuss Betreute Grundschule, Seite D16, beantragt Frau Kummerfeldt die Reduzierung des Haushaltsansatzes von 40.000 € auf 30.000 €.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Ansatz bei 21100.70100 von 40.000 € auf 30.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 1

In der weiteren Diskussion geht es nochmals um Schulkostenbeiträge und um die Kosten für die Schülerbeförderung und die Jugendarbeit. Zudem erklärt Herr Runow beispielhaft für die Kinderspielplätze die Berücksichtigung der Abschreibungen und der Verzinsung des Anlagekapitals im Rahmen der erweiterten Kameralistik.

Bei der Besprechung der Seite D 30 nimmt der Bürgermeister zu den Nachfragen von Herrn Meck, Herrn Lentföhr und Frau Kummerfeldt Stellung und verweist auf den Kita – Haushaltsplan 2017 (**Anlage 2**).

Der Kindergarten ist voll belegt, es gab große strukturelle Änderungen durch die Einführung der Familiengruppe und dadurch bedingt auch Veränderungen im Betreuungsschlüssel, erwähnt anschließend Herr Runow.

Weiterhin erklärt der Bürgermeister die Bewirtschaftungskosten des Sportlerheimes auf der Seite D36 unter 56010.54000 und beantwortet die Frage von Herrn Gawlich nach der Berücksichtigung der Anschaffung der neuen Sportgeräte. Dann folgen Ausführungen zur Grünflächenunterhaltung, Unterhaltung der Wirtschaftswege und Brücken.

Bei 63000.51010, Geräte, Verkehrszeichen auf Seite D 42 möchte Herr Runow aufgrund geplanter Neuanschaffungen den Ansatz von 1.000 € auf 2.500 € erhöhen.

Die Ausschussmitglieder äußern sich zustimmend.

Herr Biß hat eine Frage zu 67000.54000, Energiekosten Straßenbeleuchtung, welche vom Bürgermeister mit dem Hinweis auf einen langfristigen Ergebnisvergleich beantwortet wird.

Zu den Einnahmen der Umlage der Kosten für die Gewässerunterhaltung unter 69000.15000, Seite D 44 berichtet Herr Runow, dass eine abschließende Stellungnahme der Verwaltung hierzu noch nicht vorliegt.

Herr Biß beantragt, dass die Einnahmen zunächst wieder veranschlagt werden sollen, bis eine rechtssichere Handlungsempfehlung gegeben werden kann und wird dabei von Herrn Meck unterstützt.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig, den Ansatz bei 69000.15000 wieder i. H. v. 20.000 € zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Danach wird über die Einzelpläne 79100, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr bis 88000, allgemeines Grundvermögen gesprochen.

Zur geplanten Erhöhung der Hebesätze, 90000, Seite D 54 erläutert der Bürgermeister die Hintergründe. Ebenfalls erklärt er die Schlüsselzuweisungen und den Ansatz für die Verwaltungskostenpauschale, 90000.83220, i. H. v. 165.000 €.

Dieser Ansatz wird daraufhin kontrovers diskutiert. Es äußern sich Herr Meck, Herr Schöttke, Herr Zimmermann, Herr Biß und Herr Runow, welcher auf die gestiegenen Personalkosten und die Möglichkeit der Weiterführung der Diskussion im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hinweist.

Herr Biß und Herr Meck sprechen sich für eine eher abwartende Haltung gegenüber der Stadt Neumünster aus, welche die Kostensteigerung zunächst einmal nachweisen soll. Zum Thema äußern sich weiterhin Frau Wried und Herr Lentföhr. Herr Biß stellt den Antrag, den Ansatz für die Verwaltungskostenpauschale auf 130.000 € zu reduzieren. Daraufhin stellt Herr Zimmermann einen Änderungsantrag indem er sich für die Beibehaltung des Vorjahresansatzes i. H. v. 150.000 € ausspricht. Der Bürgermeister rät zur Vorsicht und weist nochmals auf die gestiegenen Personalkosten und die vergleichsweise günstige Verwaltungskostenpauschale der Stadt Neumünster hin. Der Ausschussvorsitzende lässt über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig, den Ansatz bei 90000.83220 wieder auf 150.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0

Abschließend bittet Herr Biß die Verwaltung, den Ansatz bei 91000.80700, Zinsen an private Unternehmen, i. H. v. 7.300 € zu erklären.

Hierzu teilt die Verwaltung nach Klärung mit dem zuständigen Fachdienst Folgendes mit:

Die Ansätze für die Zinsen und die Tilgung der alten Kredite wurden ab 2017 jeweils auf einer Haushaltsstelle zusammengefasst. Hintergrund ist eine Neuordnung der Bereiche von Einzahlern und Zahlungsempfängern - in diesem Falle der Banken - in den Gruppierungsnummern, die vom Statistik-Amt Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein) für die Statistiken, also auch den Vierteljahresstatistiken gefordert wurde.

Im Falle der Gemeinde Bönebüttel sieht die Übersicht der Zins- und Tilgungszahlungen wie folgt aus:

Hhst.	2017 Einzelbeträge	2017 Ansatz	2016 Ansatz	2015 Rechn. Erg.
3.91000.80600 Zinsen an sonst. öffentliche Sonderrechnungen	4.520,14	0,00	6.000,00	7.311,44
3.91000.80700 Zinsen an private Unternehmen	2.706,90	7.300,00	3.300,00	3.737,40
zusammen	7.227,04	7.300,00	9.300,00	11.048,84

Hhst.	2017 Einzelbeträge	2017 Ansatz	2016 Ansatz	2015 Rechn. Erg.
4.91000.97680 Tilgung – sonst. öffentl. Sonderrechnungen	31.813,08	0,00	30.400,00	29.021,78
4.91000.97780 Tilgung – private Unternehmen	13.227,50	45.100,00	12.800,00	12.197,00
zusammen	45.040,58	45.100,00	43.200,00	41.218,78

Da weitere Wortmeldungen zum Verwaltungshaushalt nicht erfolgen, geht der Ausschussvorsitzende zur Beratung des Vermögenshaushaltes über.

Hier fragt Herr Zimmermann Herrn Lentföhr nach der Bauzeit für das Feuerwehrgerätehaus, welcher von ca. sechs Monaten ausgeht.

Danach werden die geplanten Anschaffungen der Sportgeräte, des Fahrzeuges für den Gemeindegewerkschafter und der Hundetoiletten besprochen.

Auf die Nachfrage von Herrn Lentföhr, zu der Erneuerung der Sitzbezüge der Stühle im Sportlerheim soll der Ansatz im Verwaltungshaushalt bei 56010.52000 von 5.000 € auf 6.000 € erhöht werden. Dieser Vorschlag findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Herr Runow weist auf die mit den geplanten Investitionen einhergehende Reduzierung der Rücklagen der Gemeinde hin, worauf sich Herr Zimmermann für einen höheren Kreditbetrag und eine längere Kreditlaufzeit ausspricht. In der folgenden Diskussion äußern sich Herr Gawlich, der Bürgermeister, Frau Kummerfeldt und Herr Zimmermann, welcher auch Alternativvorschläge beraten möchte.

Herr Biß formuliert folgenden Änderungsantrag zu § 2 der Haushaltssatzung:

„Es werden festgesetzt: 1. Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen auf 700.000 €.“

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Gesamtbetrag der Kredite in der Haushaltssatzung § 2, S. 1, Nr. 1 auf 700.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 2

Die Frage von Herrn Seiler zur Verwertung der gemeindeeigenen Grundstücke wird vom Bürgermeister und Herrn Biß beantwortet.

Zum Abschluss der Haushaltsberatung lässt der Ausschussvorsitzende über die in folgenden Punkten zusammengefasste, geänderte Haushaltssatzung 2017, nebst Haushaltsplan und Anlagen abstimmen.

Zusammenfassung Änderungen:

Haushaltsstelle/ Satzung	Bezeichnung	Ansatzentwurf in €	neuer Ansatz in €
21100.70100	Zuschuss Betreute Grundschule	40.000	30.000
56010.52000	Geräte und Ausrüstungsgegenstände	5.000	6.000
63000.51010	Geräte, Verkehrszeichen	1.000	2.500
69000.15000	Umlage Gewässerunterhaltung	0	20.000
90000.83220	Verwaltungskostenpauschale	165.000	150.000
§2, S.1, Nr.1	Kredite für Investitionen	600.000	700.000

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig, die geänderte Haushaltssatzung 2017, nebst Haushaltsplan und Anlagen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

11 .	Verschiedenes (öffentlich)
------	----------------------------

Keine Wortmeldungen.

Herr Biß schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:45 Uhr.

In der Pause beantwortet der Bürgermeister Fragen der Presse hinsichtlich des freien Finanzspielraumes der Gemeinde. Er erläutert die Aufstellung des Haushaltsplanes und betont, dass es in der Haushaltsbewirtschaftung immer Mehreinnahmen, aber auch Mehrausgaben, z. B. für den Winterdienst geben kann. Die genauen Zahlen werden erst im Rahmen der endgültigen Jahresrechnung sichtbar, äußert sich abschließend Herr Meck.

gez. Klaus Biß

(Vorsitzender i. V.)

Halkard Krause

(Protokollführer)